

Sperrfrist 07.12.2023

Auswertung MDRfragt: Krieg in Nahost – wie weiter?

Befragungszeitraum: 27.11. – 04.12.2023

27.078 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Kriegsgeschehen allgemein:

- ⇒ Ausweitung des Kriegsgeschehens mehrheitlich befürchtet
- ⇒ Drei von Vier glauben nicht an ein Kriegsende in den kommenden Monaten
- ⇒ Verständnis für die israelische Armee fällt geteilt aus

Deutschlands Rolle und Antisemitismus:

- ⇒ 6 von 10 sprechen sich für Solidarität mit Israel aus, drei Viertel für den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza
- ⇒ Mehrheit sieht das Kriegsende als Ziel diplomatischer Bemühungen Deutschlands
- ⇒ 44 Prozent finden, die Bundesregierung unterstützt die Israelis zu sehr
- ⇒ Mehrheit hat Sorge vor Ausweitung des Antisemitismus in Deutschland
- ⇒ 44 Prozent finden, Bemühungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland gehen nicht weit genug

Stichwort „Kriegstüchtigkeit“ in Deutschland:

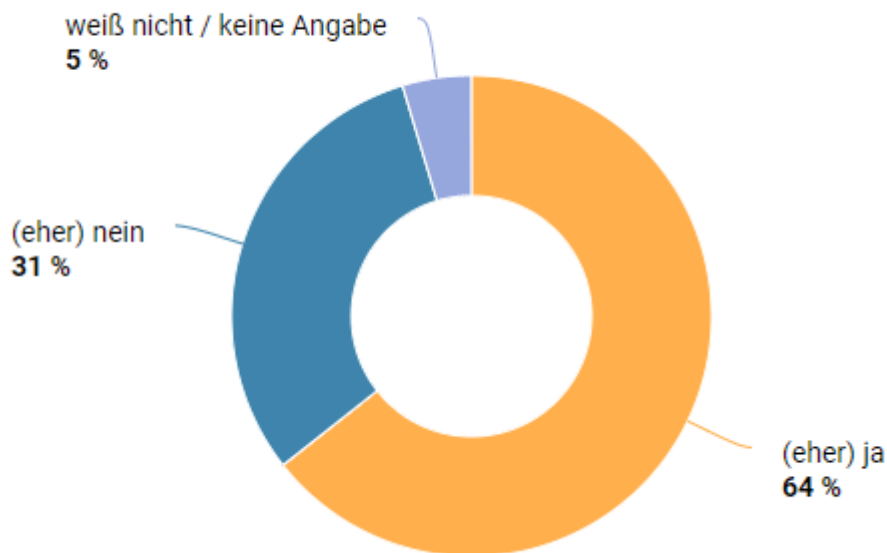
- ⇒ 7 von 10 finden: Deutschland muss wieder kriegstüchtig werden
- ⇒ Jeder Zweite ist besorgt, dass die deutsche Bundeswehr sich in Europa militärisch beteiligen könnte
- ⇒ Mehrheit begrüßt eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Deutschland
- ⇒ Mehrheit besorgt über Pistorius' Aussage zur Kriegstüchtigkeit

Die Ergebnisse im Detail:

Ausweitung des Kriegsgeschehens mehrheitlich befürchtet

Eine deutliche Mehrheit (64 Prozent) der MDRfragt-Community befürchtet eine Ausweitung des Kriegsgeschehens auf weitere Länder im Nahen Osten. Rund ein Drittel (31 Prozent) teilen diese Befürchtungen nicht.

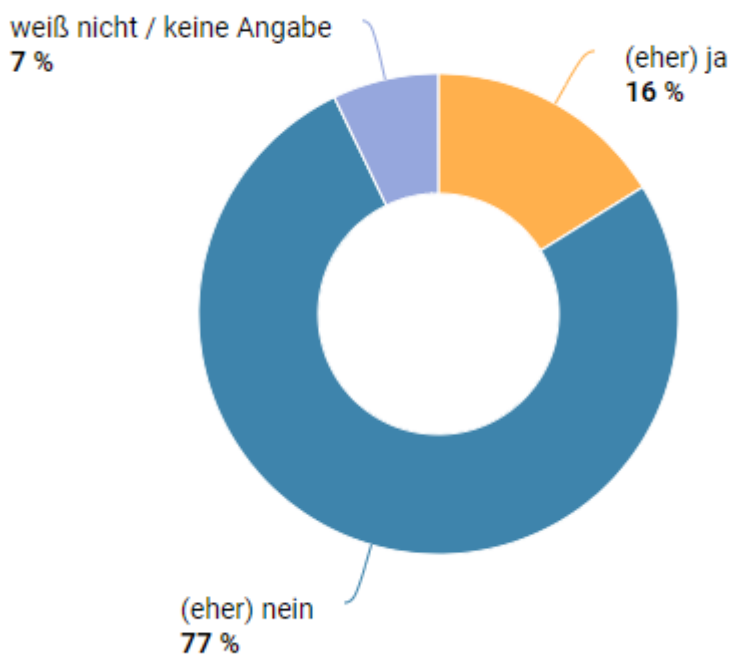
Frage: *Haben Sie Sorge, dass sich das Kriegsgeschehen auf weitere Länder und Gebiete im Nahen Osten ausweitet?*



Drei von Vier glauben nicht an ein Kriegsende in den kommenden Monaten

Zwei Drittel der Befragten (77 Prozent) denken nicht, dass die Kriegshandlungen in Nahost in den kommenden Monaten enden werden. Nur 16 Prozent glauben an ein baldiges Kriegsende.

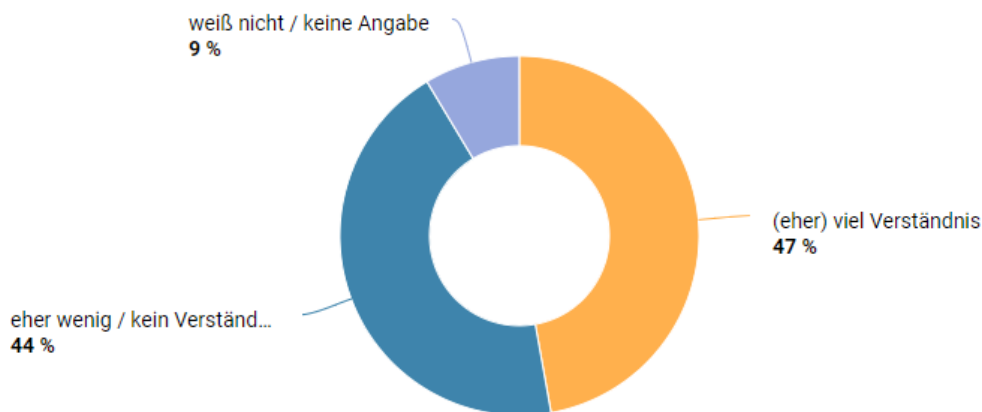
Frage: Denken Sie, dass die Kriegshandlungen in Nahost in den kommenden Monaten enden werden?



Verständnis für die israelische Armee fällt geteilt aus

Für das militärische Vorgehen der israelischen Armee, als Reaktion auf die Terroranschläge der Hamas in Israel hat mit 47 Prozent die knappe Hälfte viel oder eher viel Verständnis. Fast ebenso viele (44 Prozent) dafür eher weniger oder kein Verständnis.

Frage: Bei den Terroranschlägen der Hamas auf Israel wurden nach israelischen Angaben mehr als 1300 Menschen getötet und etwa 240 Geiseln durch die Terrororganisation in den Gazastreifen verschleppt. Die israelische Armee startete eine Gegenoffensive und zielt nach eigenen Angaben darauf ab, die Hamas und deren militärische Infrastruktur zu treffen, um weitere Angriffe zu verhindern. Grundsätzlich gefragt: Wie viel Verständnis haben Sie für das militärische Vorgehen der Israelischen Armee?



4

Das Antwortverhalten variiert im Vergleich der Altersgruppen. Jüngere Befragte haben tendenziell mehr Verständnis für das Vorgehen der israelischen Armee:

- 61 Prozent der unter-30-jährigen geben an viel Verständnis zu haben. 31 Prozent bringen eher weniger oder keines auf.
- Bei den 30- bis 49-jährigen haben 47 Prozent, viel Verständnis und 41 Prozent weniger oder kein Verständnis für die israelische Armee.
- Die Befragten über 50 bringen mehrheitlich (47 Prozent bei den 50- bis 64-jährigen und 51 Prozent bei den Personen über 65) wiederum kein bzw. wenig Verständnis für die israelische Armee auf. Nur 44 Prozent der über 50-jährigen geben an viel Verständnis für das Vorgehen der israelischen Armee zu haben.

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



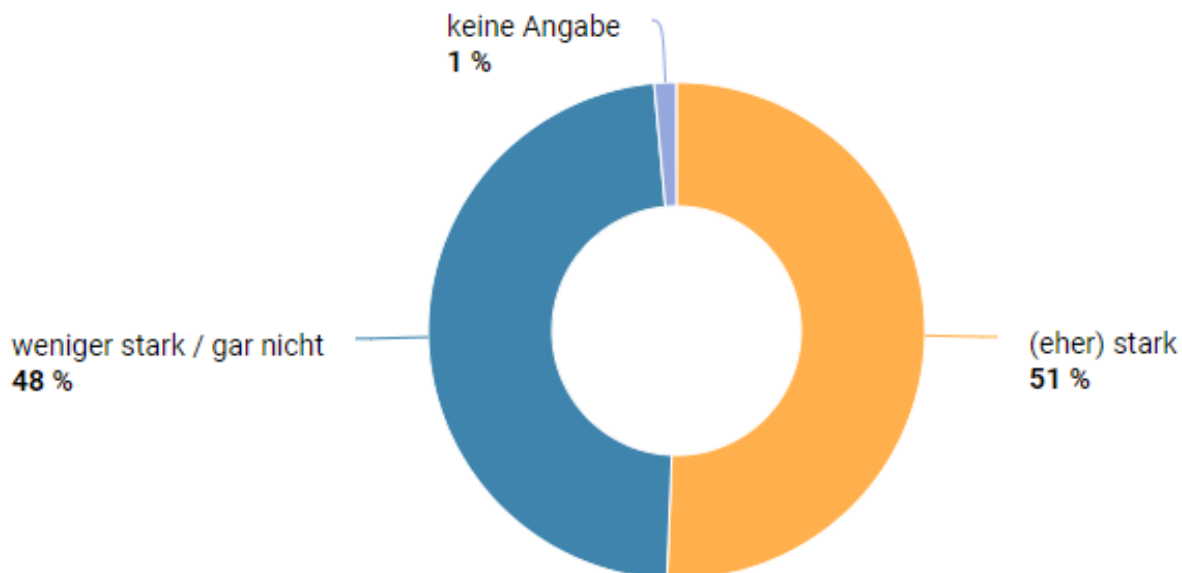
65 Jahre und älter



Nahostkonflikt bewegt aktuell Hälfte der Befragten

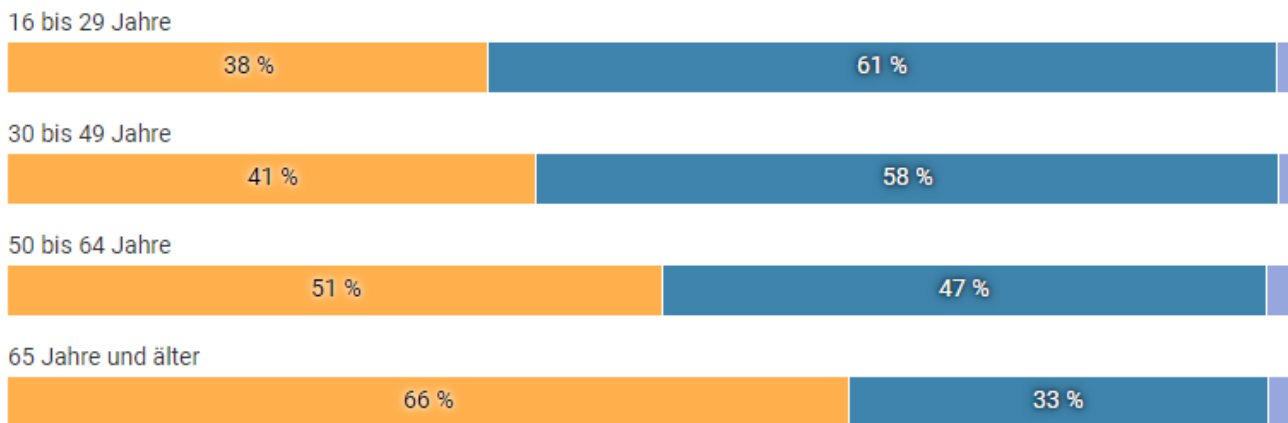
Die MDRfragt Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben sind unterschiedlich stark vom Nahostkrieg ergriffen. 51 Prozent gehen die aktuellen Ereignissen in Nahost nahe und 48 Prozent fühlen sich weniger oder gar nicht von dem Krieg bewegt.

Frage: *Wie stark bewegt Sie der Nahostkrieg aktuell?*



Der Vergleich der Altersgruppen zeigt, dass ältere Befragte stärker von dem Krieg in Nahost bewegt sind als jüngere Befragte. Personen unter 50 Jahren geben mehrheitlich (61 Prozent der unter 30-jährigen und 58 Prozent der 30- bis 49-jährigen) an, weniger oder gar nicht vom Krieg berührt zu sein. Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer über 50 hingegen geben mehrheitlich (51 Prozent der 50- bis 64-jährigen und 66 Prozent der Personen über 65 Jahren) an, eher stark ergriffen zu sein.

● (eher) stark ● weniger stark / gar nicht ● keine Angabe



6

Innerhalb der Befragung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, ob sie [in den vergangenen Wochen Antisemitismus in ihrem Umfeld beobachtet](#) haben. Die Personen, die mit einem „ja“ geantwortet haben, zeigen sich auch mehrheitlich (72 Prozent) stark bewegt durch die Ereignisse. Bei den Befragten ohne kürzliche Antisemitismusbeobachtungen, fühlen sich nur 49 Prozent stark berührt und 50 Prozent weniger stark oder gar nicht berührt von dem aktuellen Krieg in Nahost.



6 von 10 sprechen sich für Solidarität mit Israel aus, drei Viertel für den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich am 26.11.2023 für Feuerpausen zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas ausgesprochen. Er bekräftigte einerseits Deutschlands Solidarität mit Israel und betonte gleichzeitig die Notwendigkeit, Zivilistinnen und Zivilisten im Gazastreifen zu schonen und zu versorgen. Befragte aus der MDRfragt-Gemeinschaft stimmen der Aussage im Hinblick auf die Solidarität Israels, sowie mit Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza mehrheitlich zu:

- 59 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stimmen der Aussage Steinmeiers bezüglich der **Solidarität mit Israel** zu. 32 Prozent lehnen sie ab.
- Im **Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza** stimmen drei Viertel (76 Prozent) Steinmeiers Aussagen zu und 17 Prozent stimmen dagegen.

Frage: Erst kürzlich reiste Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Israel und bekräftigte Deutschlands Solidarität mit Israel. Wörtlich sagte er: "Sie gilt nicht nur mit dem Israel als Opfer des Terrors. Unsere Solidarität gilt auch mit dem Israel, das sich wehrt, das kämpft gegen eine existenzielle Bedrohung". Zugleich betonte Steinmeier die Notwendigkeit die Zivilistinnen und Zivilisten im Gazastreifen zu schonen und mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen. Vor diesem Hintergrund befürwortet der Bundespräsident die vereinbarten Feuerpausen. Inwieweit stimmen Sie persönlich dieser Position zu?

● stimme (eher) zu
 ● stimme (eher) nicht zu
 ● weiß nicht / keine Angabe

Im Hinblick auf die Solidarität mit Israel



Im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza

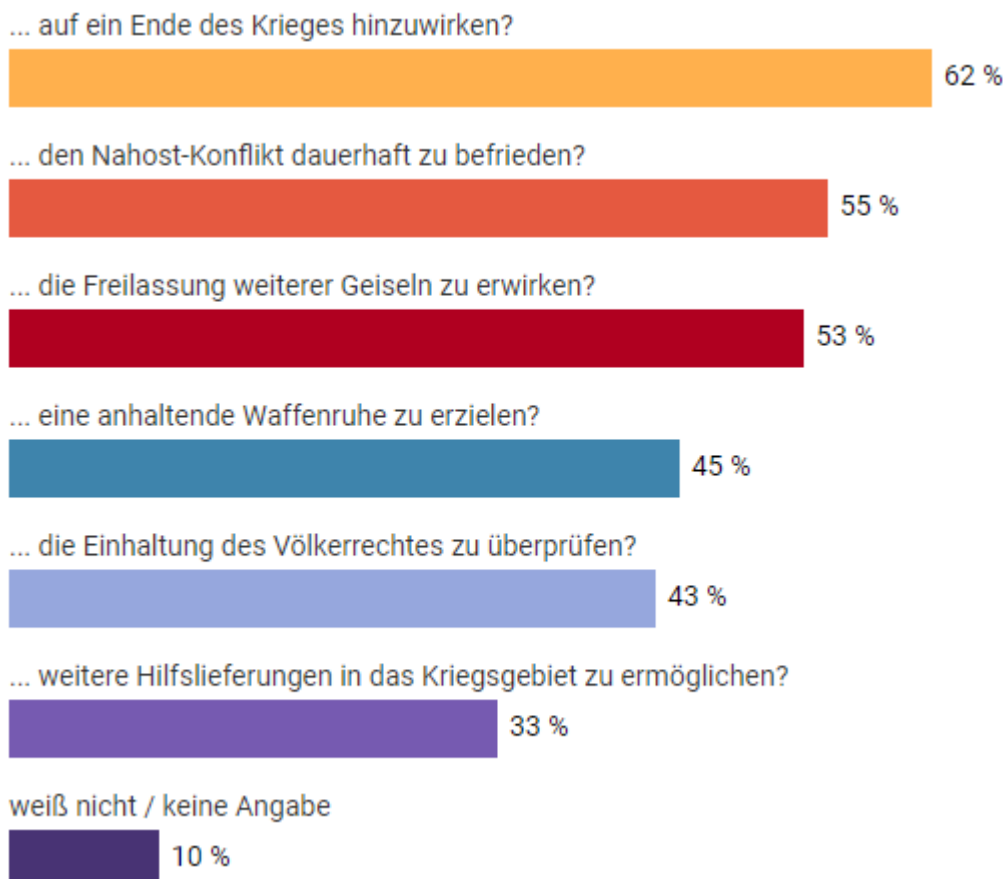


Mehrheit sieht das Kriegsende als Ziel diplomatischer Bemühungen Deutschlands

Das MDRfragt-Team hat sechs mögliche Ziele diplomatischer Bemühungen Deutschlands formuliert und die Befragungsmitglieder unter diesen wählen lassen, welche sie für richtig halten. Die Mitglieder konnten alle Ziele auswählen, die sie für zutreffend halten:

- Die meisten Befragten sprechen sich dafür aus, dass Deutschland auf das Ende des Krieges in Nahost hinwirkt (62 Prozent).
- Über die Hälfte findet, Deutschland sollte das dauerhafte Ende des Nahostkonflikts (55 Prozent) und die Freilassung der Geiseln (53 Prozent) als Ziele deutscher, diplomatischer Bemühungen anstreben.
- Das Ziel einer anhaltenderen Waffenruhe befürworten 45 Prozent der Befragten.
- 43 Prozent befinden eine Überprüfung der Einhaltung des Völkerrechts als wichtiges Ziel.
- Die Ermöglichung weiterer Hilfslieferungen ins Kriegsgebiet werden von einem Drittel (33 Prozent) als wichtiges Ziel diplomatischer Bemühungen Deutschlands angesehen.

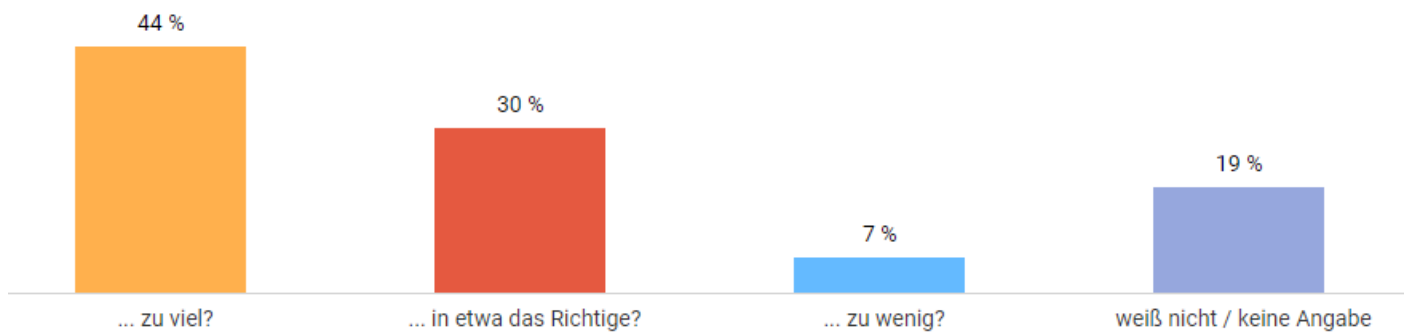
Frage: Und sollte Deutschland Ihrer Ansicht nach weitere diplomatische Anstrengungen unternehmen, um... Sie können mehrere Antworten auswählen.



44 Prozent finden, die Bundesregierung unterstützt die Israelis zu sehr

44 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der MDRfragt-Gemeinschaft finden, die deutsche Bundesregierung unterstützt Israels Bevölkerung zu viel. Etwa ein Drittel (30 Prozent) halten das Verhalten der Bundesregierung für richtig und 7 Prozent wünschen sich eine stärkere Unterstützung der Israelis durch die Bundesregierung. 19 Prozent wollten oder konnten dazu keine Angabe machen.

Frage: Wenn Sie einmal daran denken, wie die Bundesregierung die Israelis zurzeit unterstützt. Tut die Bundesregierung da Ihrer Meinung nach...



Mehrheit hat Sorge vor Ausweitung des Antisemitismus in Deutschland

Die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus der MDRfragt-Community finden mehrheitlich: Antisemitismus ist in Deutschland weit verbreitet (58 Prozent). Rund ein Drittel (34 Prozent) widerspricht dieser Aussage.

64 Prozent finden zudem, dass Antisemitismus in den vergangenen Wochen in Deutschland zugenommen hat. Das Gegenteil behauptet ein Viertel (25 Prozent) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Um eine Ausweitung des Antisemitismus sorgen sich 64 Prozent in Deutschland. Nur 31 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer teilen diese Sorge nicht.

Frage: Der Terrorangriff auf Israel und der Krieg in Gaza sorgen auch bei den jüdischen und nicht-jüdischen Menschen in Deutschland für Schrecken und Sorge. Die Meldungen von Jüdinnen und Juden, die sich auch hierzulande nicht sicher fühlen, häufen sich. Vielerorts haben die Sicherheitsbehörden den Schutz für jüdische Einrichtungen verstärkt. Zudem sind bei Demonstrationen zum Kriegsgeschehen auch auf deutschen Straßen immer wieder antisemitische Parolen zu hören. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Antisemitismus in Deutschland zu?

● stimme (eher) zu
 ● stimme (eher) nicht zu
 ● weiß nicht / keine Angabe

Der Antisemitismus ist in Deutschland weit verbreitet.



Antisemitismus hat in den vergangenen Wochen in Deutschland zugenommen.



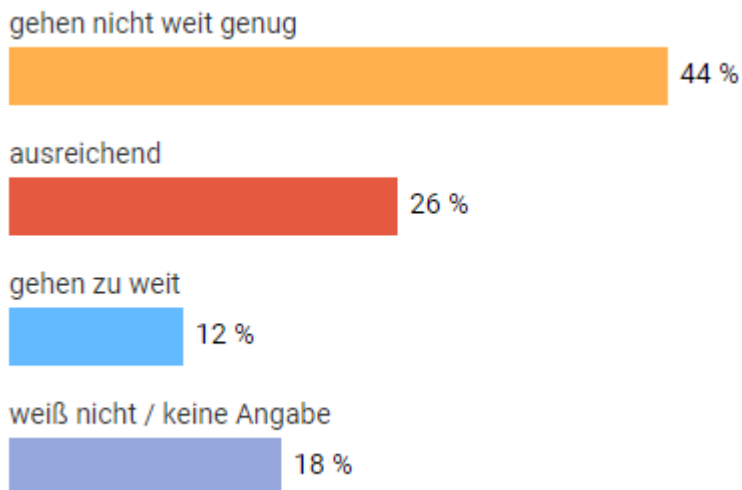
Ich habe Sorge vor einer Ausweitung des Antisemitismus in Deutschland.



44 Prozent finden, Bemühungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland gehen nicht weit genug

Die Mehrheit der Befragten (44 Prozent) erachtet die Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Deutschland für unzureichend. 26 Prozent bewerten die bisherigen Bemühungen für ausreichend und 12 Prozent finden, sie gehen zu weit. Dieser Einschätzung entzieht sich rund jede und jeder Fünfte (18 Prozent).

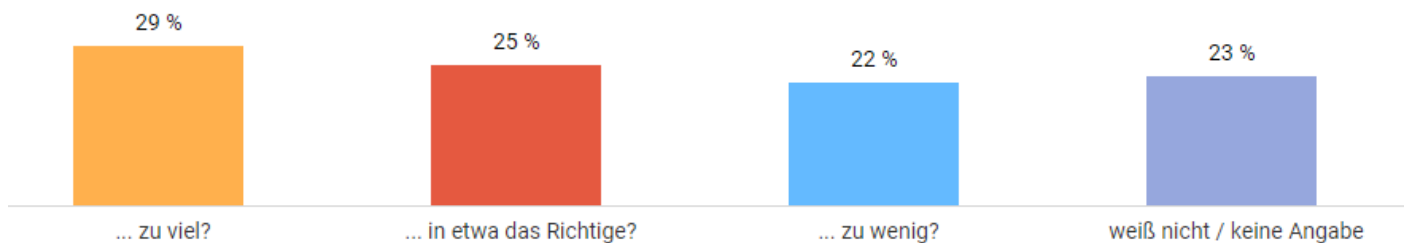
Frage: Wie beurteilen Sie die Anstrengungen in Deutschland zur Bekämpfung von Antisemitismus?



Meinungen, ob die Bundesregierung die Bevölkerung im Gazastreifen ausreichend unterstützt, gehen auseinander

29 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden, die deutsche Bundesregierung unterstützt die Bevölkerung am Gazastreifen zu stark. 22 Prozent bewerten die Unterstützung für zu gering und ein Viertel findet den Rahmen der Unterstützung aus Deutschland, an der Bevölkerung des Gazastreifens gegenüber für richtig gewählt. 23 Prozent enthalten sich bei dieser Beurteilung.

Frage: Und wenn Sie daran denken, wie die Bundesregierung die Bevölkerung im Gazastreifen zurzeit unterstützt: Tut die Bundesregierung da Ihrer Meinung nach...



Fast jede und jeder Zehnte hat kürzlich Antisemitismus im eigenen Umfeld beobachtet

Knapp jeder Zehnte Befragte (9 Prozent) hat in den vergangenen Wochen Antisemitismus im eigenen Umfeld beobachtet. 87% haben diese Beobachtung in den vergangenen Wochen nicht gemacht.

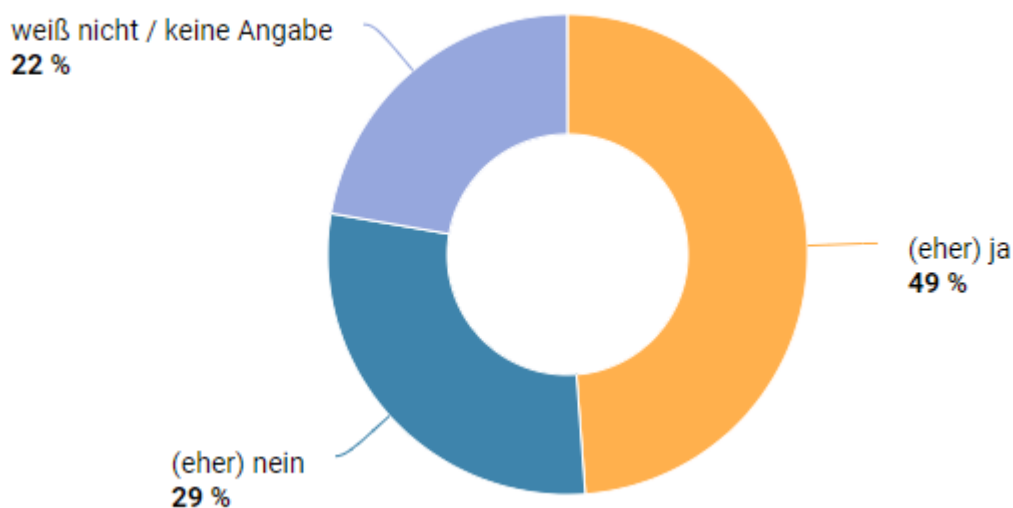
Frage: Und haben Sie persönlich in den vergangenen Wochen Antisemitismus in Ihrem Umfeld beobachtet?



Jeder Zweite hat das Gefühl, im Osten Deutschlands gibt es einen anderen Blick auf den Nahost-Konflikt als in Westdeutschland

Fast jeder zweite Befragte (49 Prozent) schätzt, dass im Osten Deutschlands anders auf den Nahost-Konflikt geschaut wird als im Westen Deutschlands. Keinen Unterschied in der Betrachtung des Nahost-Konflikts aus dem Osten im Vergleich zum Westen Deutschlands empfinden 22 Prozent. Ein Fünftel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Befragung positionieren sich bei dieser Einschätzung nicht.

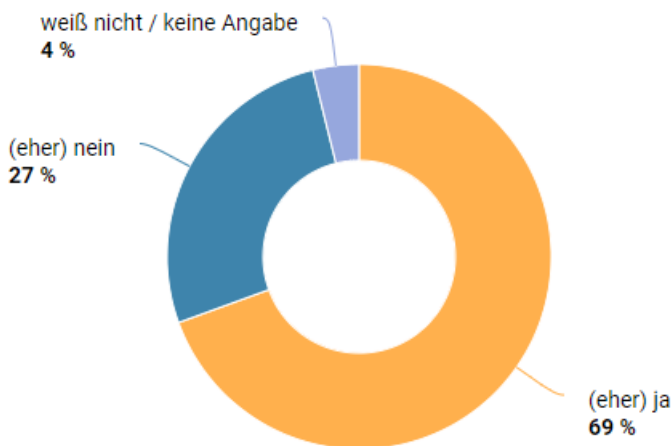
Frage: Haben Sie das Gefühl, im Osten Deutschlands wird auf den Nahost-Konflikt anders geblickt als in Westdeutschland?



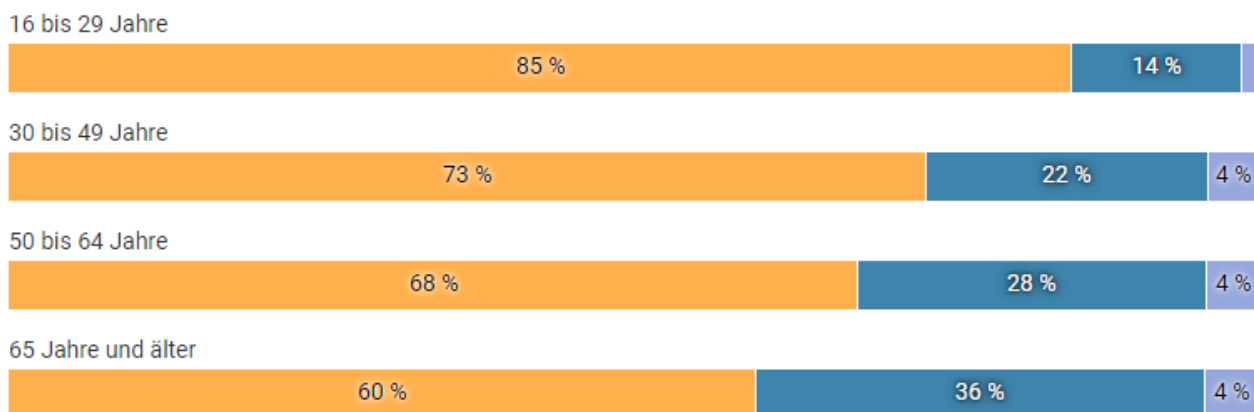
7 von 10 finden: Deutschland muss wieder kriegstüchtig werden

69 Prozent stimmen der Aussage des Verteidigungsministers Boris Pistorius zu, dass Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden muss. Knapp ein Drittel der Befragungsmitglieder (27 Prozent) schließen sich dieser Meinung nicht an.

Frage: Richten wir jetzt noch einmal unseren Blick auf die Sicherheitslage in Europa allgemein und die deutsche Verteidigungspolitik. Nicht nur im Nahen Osten ist Krieg. Seit Februar 2022 muss sich auch die Ukraine gegen einen russischen Angriffskrieg verteidigen. Mit Blick auf diese beiden kriegerischen Auseinandersetzungen sprach der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) davon, dass Deutschland wieder "kriegstüchtig" werden müsse. Pistorius sagt, wir müssten in die Lage kommen, einen Angriff abwehren zu können. Stimmen Sie dieser Aussage zu?



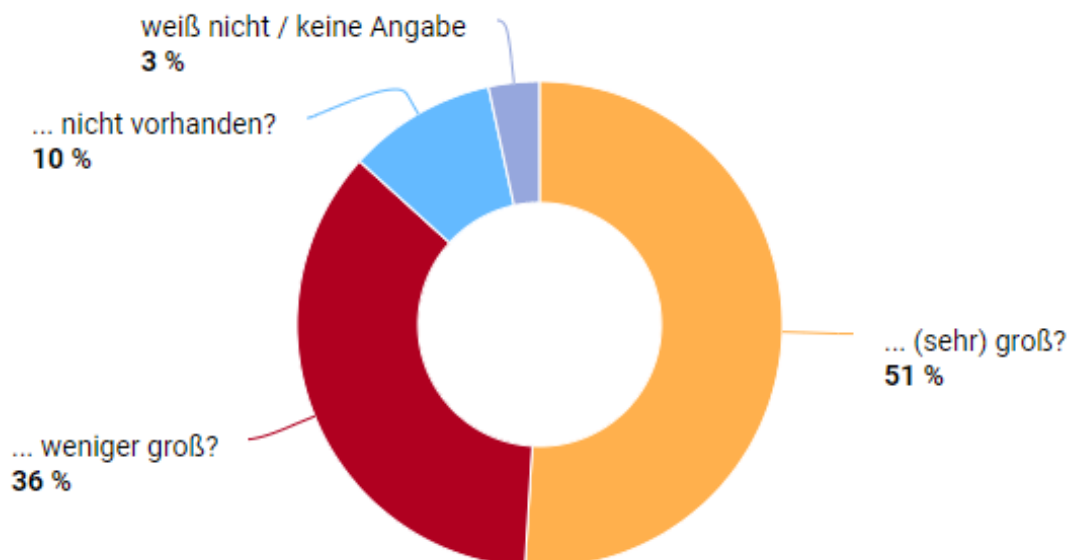
Alle Altersgruppen stimmen Boris Pistorius' Aussage mehrheitlich zu. Auffällig ist trotzdem, dass besonders viele jüngere Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Meinung des Verteidigungsministers teilen. 85 Prozent der Unter-30-jährigen stimmen dem Bundesverteidigungsminister zu. Bei den 30- bis 49-jährigen sind es 73 Prozent. Mit dem Alter der Befragten nimmt der Anteil der Zustimmung ab – auf 60 Prozent bei den Über-65-jährigen.



Jeder Zweite ist besorgt, dass die deutsche Bundeswehr sich in Europa militärisch beteiligen könnte

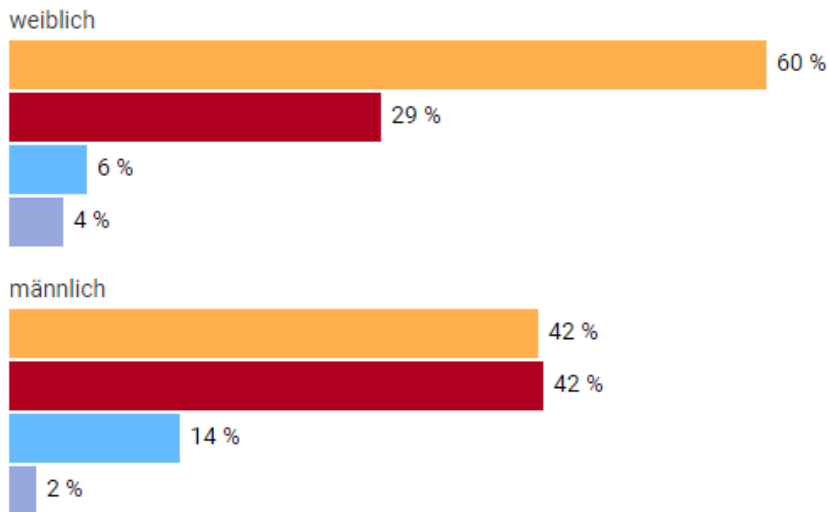
Knapp die Hälfte (51 Prozent) der Befragungsmitglieder gibt an, eher große Sorgen vor einer Verwicklung der deutschen Bundeswehr in einen möglichen militärischen Konflikt in Europa zu haben. Die Sorge von 36 Prozent der Mitglieder ist weniger groß und nur 10 Prozent geben an, keine Sorge vor einer militärischen Beteiligung der deutschen Bundeswehr in Europa zu haben.

Frage: Und ganz konkret: Sind Ihre Sorgen, dass in Europa ein militärischer Konflikt ausbricht, in den auch Deutschland mit der Bundeswehr verwickelt ist, ...



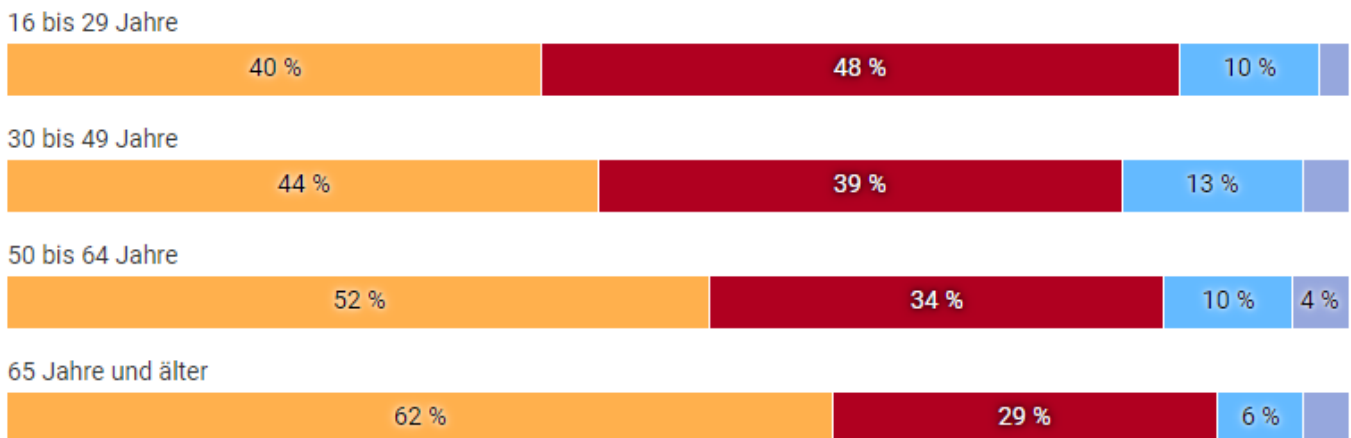
Der Vergleich des Antwortverhaltens weiblicher und männlicher Befragten zeigt, dass Teilnehmerinnen mehrheitlich (60 Prozent) starke Sorge vor einer militärischen Beteiligung Deutschlands in Europa haben. Bei den Teilnehmern geben 42 Prozent an, große Sorgen vor einer militärischen Beteiligung zu haben. Genauso viele (42 Prozent) haben weniger große Sorgen und ganze 14 Prozent der männlichen Befragten haben gar keine Sorge vor der Beteiligung der Bundeswehr.

● (sehr) groß
 ● ... weniger groß?
 ● ... nicht vorhanden?
 ● weiß nicht / keine Angabe



17

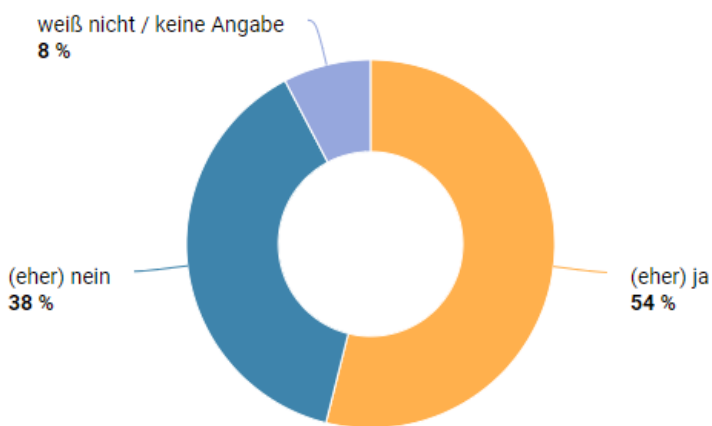
Unterschiede ist auch im Altersgruppenvergleich zu erkennen: Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 30 Jahren geben mehrheitlich (48 Prozent) weniger große Sorgen an, dass die deutsche Bundeswehr sich in einen europäischen Konflikt militärisch einbringen könnte. Ältere Teilnehmerinnen und Teilnehmer äußern wiederum mehrheitlich (44 Prozent der Personen zwischen 30 und 49 Jahren, 52 Prozent der Personen zwischen 50 und 64 Jahren und 62 Prozent der Personen ab 65 Jahren) große Sorgen.



Mehrheit begrüßt eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Deutschland

Die MDRfragt-Community ist mehrheitlich (54 Prozent) dafür, die Verteidigungsausgaben aus dem Bruttoinlandsprodukt auf die in der NATO vereinbarten 2 Prozent zu erhöhen. 38 Prozent der Befragungsmitglieder stimmen dagegen.

Frage: Innerhalb der NATO gibt es die Verabredung, dass jedes Bündnismitglied zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben soll. Deutschland erreicht dieses Ziel seit Jahren nicht, aktuell stehen wir bei rund 1,4 Prozent. Wie sehen Sie das: Sollte Deutschland seine jährlichen Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen?



18

Dabei variiert das Antwortverhalten je nach Altersgruppe deutlich. Mit steigendem Alter nimmt die Zustimmung einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben ab:

- 7 von 10 Befragten unter 30 Jahren befürworten diese Erhöhung 26 Prozent sind dafür.
- 57 Prozent der 30- bis 49-jährigen befürworten die Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung und 34 Prozent wünschen sich diese nicht.
- 51 Prozent der 50- bis 64-jährigen und 46 Prozent der Befragten über 65 begrüßen eine Erhöhung und lehnen sie mit 41 Prozent bei den Personen zwischen 50 und 64 Jahren und 47 Prozent bei den Personen ab 65 Jahren, ab.
- Bis auf die Älteste stimmen die Befragten aller Altersgruppen mehrheitlich für eine Erhöhung der Ausgaben.

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



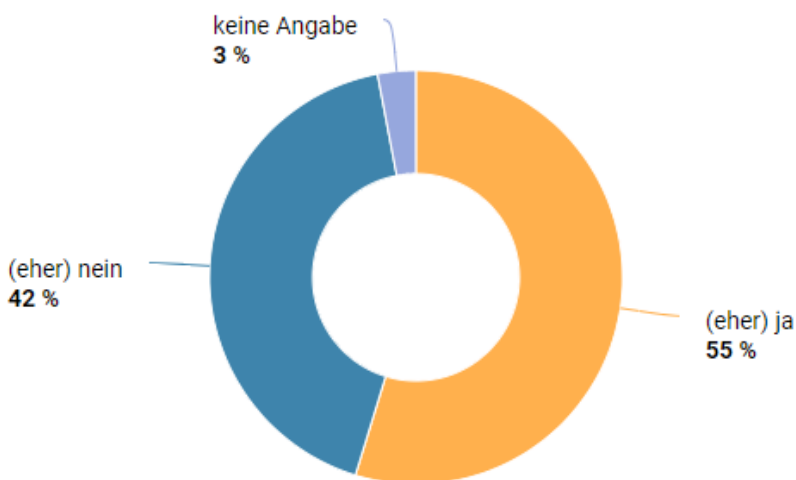
65 Jahre und älter



Mehrheit besorgt über die Pistorius' Aussage zur Kriegstüchtigkeit

Die Aussage des Bundesverteidigungsministers Boris Pistorius, dass Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden muss, bereitet den Befragten mehrheitlich (55 Prozent) Sorge. 42 Prozent sind wiederum durch die Aussage nicht besorgt.

Frage: Bereitet Ihnen die Aussage von Bundesverteidigungsminister Pistorius Sorge?



19

Das Antwortverhalten der Befragten aus unterschiedlichen Altersgruppen variiert stark: Teilnehmerinnen und Teilnehmer über 50 geben mehrheitlich (mit 58 Prozent bei den 50- bis 64-jährigen und 67 Prozent bei den Personen ab dem Alter von 65 Jahren) Sorgen über die Aussage des Verteidigungsministers an, während Befragte unter 50 Jahren mehrheitlich (mit 59 Prozent bei den 16- bis 29-jährigen und 50 Prozent bei den 30- bis 49-jährigen) keine Sorgen aufgrund der Aussage spüren.

16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 27.11.-04.12.2023 stand unter der Überschrift:
"Krieg in Nahost – wie weiter?"

!!!HINWEIS: Die Befragung fand mitten in der einwöchigen Feuerpause vom 24.12.2023 bis zum 01.12.2023 zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas statt!!!

Während der Feuerpause kamen 105 Geiseln aus der Hamas-Gefangenschaft frei. Im Gegenzug ließ Israel Hilfsgüter in den abgeriegelten Gazastreifen und entließ 240 palästinensische Häftlinge aus Gefängnissen.

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.950 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 04.12.2023, 10:00 Uhr).

27.078 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	235 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.407 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	10.974 Teilnehmende
65+:	12.462 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	13.953 (51,5 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.596 (24,4 Prozent)
Thüringen:	6.579 (24,3 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	10.717 (39,6 Prozent)
Männlich:	16.287 (60,1 Prozent)
Divers:	74 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.